

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Institut für Geschichtswissenschaft

Abteilung für Geschichte der Frühen Neuzeit

Von Constanze Lopez (2010) Bachelor im 5. Semester

## **Die Münchener Geheimkonferenz von 1579 und ihre Folgen für die Konfessionspolitik Karls II.**

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>I Die politisch-konfessionelle Lage Innerösterreichs vom Regierungsantritt</b>	
<b>Karls II. (1564) bis zur Münchener Konferenz (1579) .....</b>	<b>4</b>
<b>II Die Münchener Geheimkonferenz von 1579 und ihre Folgen für Karls</b>	
<b>Konfessionspolitik .....</b>	<b>8</b>
II.1 Die Konferenz und ihre Resultate .....	8
II.2 Karls Konfessionspolitik nach der Münchener Konferenz.....	10
<b>III Ergebnisse der Konfessionspolitik Karls und Ausblick in den daraus</b>	
<b>resultierenden Regierungsbeginn Ferdinands.....</b>	<b>16</b>
<b>Fazit .....</b>	<b>18</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>20</b>

## Einleitung

”Münchener Konferenz“ - wer diese beiden Begriffe in eine Suchmaschine im Internet eingibt, erhält vornehmlich Informationen zu den Sicherheitskonferenzen, die jährlich im Februar in München stattfinden. Im Dialog werden dort von hochrangigen Politikern, Sicherheitsexperten, Diplomaten und Militärs, hauptsächlich aus den Mitgliedsstaaten der NATO und der Europäischen Union aber auch aus Russland, China, Japan und Indien, Fragen zur Weltsicherheit diskutiert, um den Frieden zu sichern oder ihn möglichst schnell und effizient wiederherzustellen.

In der Münchener Geheimkonferenz von 1579 ging es etwas beschaulicher zu. Die Teilnehmer der Konferenz, Wilhelm V. von Bayern, Erzherzog Ferdinand von Tirol, der Nuntius Felician Ninguarda und Erzherzog Karl II. von Innerösterreich, hatten zwar ebenfalls die Friedenssicherung im Sinn, jedoch unter anderen örtlichen und politischen Voraussetzungen. Der Anlass für die Zusammenkunft in München war ein Zugeständnis Karls an die protestantischen Stände. Der katholische Landesfürst von Innerösterreich<sup>1</sup> hatte 1578 auf Drängen der Stände weitgehende religiöse Toleranzbestimmungen erteilt, welche die geographischen Nachbarn und katholischen Fürsten Wilhelm V., Erzherzog Ferdinand und den Nuntius alarmierten.<sup>2</sup> Sie fürchteten die Ausbreitung und Festigung der Augsburger Konfession unter den Untertanen aber auch die Machtzunahme der protestantischen Stände, welche sich über die Landesgrenzen Innerösterreichs hinaus hätten ausbreiten können.<sup>3</sup> In München arbeiteten die Teilnehmer der Konferenz also einen Plan aus, der den Protestanten in Innerösterreich zunächst bei der weiteren Ausbreitung ihrer Konfession Einhalt gewähren sollte, um dann langsam eine vollständige Rekatholisierung der Bevölkerung zu erreichen und damit die Augsburger Konfession ganzheitlich zu zerstören. Die landesfürstliche Herrschaft und Ordnung sollte so wiederhergestellt und stabilisiert werden. Ein eher langsames und behutsames Vorgehen Karls bei der Durchsetzung des Rekatholisierungsplans für sein Land war der Befürchtung des aufständischen Zusammenschlusses der Protestanten, eventuell auch

---

<sup>1</sup> Hierzu gehörten die Steiermark, Kärnten, Krain und die Grafschaft Görz.

<sup>2</sup> Karl AMON, Abwehr der Reformation und Rekatholisierungsversuche in Innerösterreich unter Ferdinand I. und Karl II., in: France M. DOLINAR, Maximilian LIEBMANN, Helmut RUMPLER u.a. (Hgg.), Katholische Reform und Gegenreformation in Innerösterreich 1564-1628, Graz, Wien, Köln 1994, S. 405-418, hier S. 416.

<sup>3</sup> Regina PÖRTNER, The Counter-Reformation in Central Europe. Styria 1580-1630, Oxford 2003, S. 72.

über die Landesgrenzen hinaus, geschuldet.<sup>4</sup> Wie sich die Münchener Konferenz im Folgenden auf die Politik Karls II. ausgewirkt hat, ist Gegenstand dieser Arbeit.

Der erste Teil stellt den Beginn der Regierungszeit Karls von 1564 bis 1579 dar. Hier werden die politischen Voraussetzungen und Umstände erläutert, die in der Folge zur Münchener Konferenz von 1579 führen sollten. Die religionsstrukturellen Ursachen für das protestantische Vordringen, in ein eigentlich von einem katholischen Fürsten geführtes Land, die teilweise in die Zeit vor Karls Regierungsperiode zurück reichen, werden ebenfalls im ersten Teil aufgezeigt. Die Münchener Geheimkonferenz von 1579 ist der Beginn des zweiten Teils der Arbeit. Hier werden die Resultate aus der Zusammenkunft der Fürsten aus Bayern, Tirol, Innerösterreich und des päpstlichen Nuntius behandelt und wie sich diese auf die Politik Karls ausgewirkt haben. Im Anschluss daran folgt ein kurzer Ausblick in die Zeit nach Karls Tod 1590, die mit einer Vertretungsregentschaft<sup>5</sup> begann und im folgenden mit der Regierungsübernahme Ferdinand II., Karls Sohn, 1596 ein neues Kapitel der politischen Verhältnisse Innerösterreichs einläuten sollte. Die Ergebnisse der Untersuchung werden schlussendlich im Fazit zusammengefasst.

Die kurze Geschichte Innerösterreichs, die nur knapp über 50 Jahre andauerte, wird als der Beginn der Rekatholisierung im Reich resümiert. Das neben Bayern als Musterland der Gegenreformation geltende Innerösterreich<sup>6</sup> war in jüngerer Zeit vor allem Forschungsgegenstand von Regina Pörtner.<sup>7</sup> Vor ihr hatte sich Johann Loserth sehr um die Erforschung dieser Zeit und dieses Landes verdient gemacht.<sup>8</sup> Die Forschungsarbeiten von

---

<sup>4</sup> PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 82; Dies., Die Gegenreformation in der Steiermark (Innerösterreich), in: Rudolf LEEB, Susanne-Claudine PILS, Thomas WINKELBAUER (Hgg.), Staatsmacht und Seelenheil. Gegenreformation und Geheimprotestantismus in der Habsburgermonarchie (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsschreibung Bd. 47), München 2007, S. 376-385, hier S. 378 f.

<sup>5</sup> AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 417 und 418.

<sup>6</sup> Arno HERZIG, Der Zwang zum wahren Glauben. Rekatholisierung vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, Göttingen 2000, S. 17.

<sup>7</sup> PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3); Dies., Gegenreformation in der Steiermark (wie Anm. 4); Dies., Gegenreformation und ständischer Legalismus in Innerösterreich. 1564-1628, in: Zeitschrift für historische Forschung 27 (2000), S. 499-542.

<sup>8</sup> Johann LOSERTH, Reformation und Gegenreformation in den innerösterreichischen Ländern im XVI. Jahrhundert, Stuttgart 1898; Ders., Akten und Korrespondenzen zur Geschichte der Gegenreformation in Innerösterreich unter Erzherzog Karl II. (1578-90) (Fontes Rerum Austriacarum Bd. 58), Wien 1898; Ders., Akten und Korrespondenzen zur Geschichte der Gegenreformation in Innerösterreich unter Ferdinand II. (1590-1600) (Fontes Rerum Austriacarum Bd. 58), Bd. 1, Wien 1906; Ders., Akten und Korrespondenzen zur Geschichte der Gegenreformation in Innerösterreich unter Ferdinand II. (1600-1637) (Fontes Rerum Austriacarum Bd. 60), Bd. 2, Wien 1907. Einige seiner eher aus protestantischer Sicht gewonnenen Untersuchungsergebnisse wurden bereits von jüngeren Forschungsarbeiten einer Revision unterzogen. Näheres dazu unter: France M. DOLINAR, Maximilian LIEBMANN, Helmut RUMPLER, Die Gegenreformation in Innerösterreich als politisches, kirchenpolitisches und theologisches Problem, in: France M. DOLINAR, Maximilian LIEBMANN, Helmut RUMPLER u.a. (Hgg.), Katholische Reform und Gegenreformation in

Regina Pörtner und die deutschen Aufsätze des etwas aktuelleren Sammelbandes “Katholische Reform und Gegenreformation in Innerösterreich 1564-1628”<sup>9</sup> sind in dieser Arbeit besonders berücksichtigt worden.<sup>10</sup> Selbstverständlich haben die “Pionierarbeiten” Johann Loserths ebenfalls ihren Platz in dieser Arbeit gefunden.

---

Innerösterreich 1564-1628, Graz, Wien, Köln 1994, S. 11-18, hier S. 17-18; PÖRTNER, Ständischer Legalismus (wie Anm. 7), S. 499.

<sup>9</sup> France M. DOLINAR, Maximilian LIEBMANN, Helmut RUMPLER u.a. (Hgg.), Katholische Reform und Gegenreformation in Innerösterreich 1564-1628, Graz, Wien, Köln 1994.

<sup>10</sup> Überblicksdarstellungen und Einführungen (eine Auswahl) zur Reformation, Gegenreformation, Rekatholisierung und den politischen und infrastrukturellen Verhältnissen in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts und der Wende ins 17. Jahrhundert: Heinrich LUTZ, Reformation und Gegenreformation (OGG 10), München, Wien, Oldenbourg <sup>2</sup>1982; Alfred KOHLER, Das Reich im Kampf um die Hegemonie in Europa 1521-1648 (EDG 6), München 1990; Ilja MIECK, Europäische Geschichte der Frühen Neuzeit. Eine Einführung, Stuttgart, Berlin, Köln <sup>6</sup>1998; Heinrich Richard SCHMIDT, Konfessionalisierung im 16. Jahrhundert (EDG 12), München 1992.

# **I Die politisch-konfessionelle Lage Innerösterreichs vom Regierungsantritt Karls II. (1564) bis zur Münchener Konferenz (1579)**

Seit den Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens (1555) oblag es dem Landesfürsten über die Konfession seiner Untertanen zu verfügen.<sup>11</sup> Aber wie kam es dazu, dass ein katholischer Landesfürst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts religiöse Toleranzbestimmungen an protestantischen Stände erteilte? An einer besonders großmütigen Haltung Karls II. gegenüber der Augsburger Konfession lag es jedenfalls nicht. Die politischen Voraussetzungen als Kaiser Ferdinand I. starb und so Innerösterreich nach dem Erbteilungsplan<sup>12</sup> an Karl ging, waren schon eher der Grund dafür.<sup>13</sup> Bereits bei seinem Amtsantritt (1564) und der damit verbundenen Huldigung durch die größtenteils protestantischen Stände sah sich Karl mit religiösen Forderungen konfrontiert. Die Stände verlangten eine offizielle Zulassung der Augsburger Konfession und damit ihre rechtliche Einführung in Innerösterreich. Karl zeigte sich zwar kompromissbereit, indem er versprach ein milder und christlicher Herrscher zu sein, doch er hielt sich eine Hintertür offen, da die Stände diese Zusage nur mündlich, nicht schriftlich bekamen. Mit dieser Vorgehensweise konnte Karl einerseits die Stände befriedigen und andererseits das festgeschriebene Recht (*Ius Reformandi*) auf seiner Seite behalten, denn er hatte, so sollte es sich später noch herausstellen, von Anfang an die Absicht sein Land im Sinne der katholischen Konfession zu regieren.<sup>14</sup>

Als Karl die Regentschaft für Innerösterreich übernahm, befand sich das Land in einer prekären Finanzlage und hatte nach 1555 bereits eine starke protestantische Infrastruktur entwickelt. Die Türkengefahr nötigte schon Karls Vater Kaiser Ferdinand I. zu einer gemäßigten Konfessionspolitik, da die finanzielle Unterstützung der Stände für die Abwehr

---

<sup>11</sup> Gregor HORSTKEMPER, Die protestantische Union und der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges, in: Winfried Schulze (Hg.), Friedliche Intentionen - Kriegerische Effekte. War der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges unvermeidlich? (Studien zur Neueren Geschichte Bd. 1), St. Katharinen 2002, S. 21-51, hier S. 21.

<sup>12</sup> SCHMIDT, Konfessionalisierung (wie Anm. 10), S. 34.

<sup>13</sup> Georg WIELAND, Reformation und Gegenreformation in Innerösterreich, in: Rolf-Dieter KLUGE (Hg.), Ein Leben zwischen Laibach und Tübingen. Primus Truber und seine Zeit. Intentionen, Verlauf und Folgen der Reformation in Württemberg und Innerösterreich (Sagners slavistische Sammlung Bd. 24), München 1995, S. 70-88, hier S. 71-72; PÖRTNER, Ständischer Legalismus (wie Anm. 7), S. 507; AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 415; Albrecht P. LUTTENBERGER, Innerösterreich und das Reich im Zeitalter der Gegenreformation, in: France M. DOLINAR, Maximilian LIEBMANN, Helmut RUMPLER u.a. (Hgg.), Katholische Reform und Gegenreformation in Innerösterreich 1564-1628, Graz, Wien, Köln 1994, S. 357-371, hier S. 362.

<sup>14</sup> AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 412.

der Türken unabdingbar war.<sup>15</sup> Diese pekuniäre Abhängigkeit bestand in der Regierungszeit Karls fort. Die protestantische Ausbreitung, die sich rasch und geräuschlos in Innerösterreich vollzogen hatte, beeinflusste Karls Politik ebenfalls in einem hohen Maße.<sup>16</sup> Grund für das schnelle Vordringen des Protestantismus war der überall sichtbare Verfall der katholischen Kirche. Der katholische Klerus war weder gut ausgebildet noch kümmerte er sich vornehmlich um die Seelsorge seiner Gemeindemitglieder. Die altgläubigen Geistlichen traten als Grundherren auf, widmeten sich in den ländlichen Gegenden oftmals ihren Konkubinen oder waren mit der Bewirtung ihrer Gastwirtschaften fast vollends ausgelastet.<sup>17</sup> Die Augsburger Konfession dagegen bot viele lang ersehnte reformatorische Neuerungen. Bibelnahe Predigt, zündende und frische Überzeugung, Mitspracherechte im niederkirchlichen Bereich und die Umwidmung der Pfründe wurden von den protestantischen Vertretern geschickt eingesetzt, um die Bevölkerung schnell für die neue Konfession zu gewinnen.<sup>18</sup> Die fehlende Sanktionierung der protestantischen Ausbreitung unter Ferdinand I. ermöglichte zudem eine ungehinderte und weite Entfaltung des Protestantismus. Karl hatte jedoch eine wichtige Grundlage für seine künftige Konfessionspolitik von Ferdinand I. vererbt bekommen: Das geschriebene Recht des *Ius Reformandi* blieb trotz vielfacher Forderungen und Beanspruchungen der Stände erst in Händen des Kaisers, nach der Länderteilung des Erbplanes 1564 in denen des Landesfürsten.<sup>19</sup> Zusammengefasst war Karls politische Linie somit in starker Weise von der Türkenabwehr, der finanziellen Abhängigkeit von den Ständen aber auch von dem Streben sein Land als pflichterfüllender Fürst katholisch regieren zu wollen, beeinflusst.

Das Recht die Konfession für sein Land aufzuktroyieren zu dürfen, hatte Karl auf seiner Seite. Die finanzstarke protestantische Opposition trachtete jedoch immer wieder danach, denn dem ständischen Adel war es durchaus bewusst, kein verbrieftes Recht in Glaubensdingen

---

<sup>15</sup> Rudolf LEEB, Widerstand und leidender Gehorsam gegen die katholische Konfessionalisierung in den österreichischen Ländern, in: Rudolf LEEB, Susanne Claudine PILS, Thomas WINKELBAUER (Hgg.), Staatsmacht und Seelenheil. Gegenreformation und Geheimprotestantismus in der Habsburgermonarchie (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung Bd. 47), München 2007, S. 183-201, hier S. 191; AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 410; Näheres zu Türkengefahr und Reich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts: Winfried SCHULZE, Reich und Türkengefahr im späten 16. Jahrhundert. Studien zu den politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen einer äußeren Bedrohung, München 1978.

<sup>16</sup> DOLINAR, LIEBMANN, RUMPLER, Gegenreformation in Innerösterreich (wie Anm. 8), S. 12.

<sup>17</sup> LUTZ, Reformation und Gegenreformation (wie Anm. 10), S. 13-15; AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 407.

<sup>18</sup> AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 408.

<sup>19</sup> EBDA., S. 408 und 410; LUTTENBERGER, Innerösterreich und das Reich (wie Anm. 13), S. 362.

vorweisen zu können und sich damit rein rechtlich in einem “Schwebezustand” zu befinden.<sup>20</sup> Der Trend ging jedoch in die Richtung des sich rechtlich-formalisierenden frühneuzeitlichen “Staates”.<sup>21</sup> Gerade die Länderteilung, des durch Kaiser Ferdinand I. verursachten Erbteilungsplanes an seine drei Söhne, brachte den Umstand mit sich, rechtliche Fakten schaffen zu müssen.<sup>22</sup> Nachdem Karl noch bei seiner Huldigung konfessionelle Zugeständnisse zurück weisen konnte, sah er sich 1565 auf dem steierischen Landtag erneut den Forderungen der protestantischen Landstände nach Anerkennung der Augsburger Konfession und der Einrichtung eines Kirchenministeriums ausgesetzt. Karl schaffte es auch dieses Mal die Stände mit dem Versprechen, die Dinge auf sich beruhen zu lassen, zu beschwichtigen.<sup>23</sup> Doch die Machtlage Karls, die Stände konfessionspolitisch in ihre Schranken zu weisen, wurde mit seiner fortschreitenden Regierungszeit immer schwieriger. Die drückende Last der hohen landesfürstlichen Schulden, die von den Ständen aufgefangen werden sollten, stärkte die Verhandlungsgrundlage des neukonfessionellen Adels.<sup>24</sup> Ebenso den Umstand, dass Karls Bruder Kaiser Maximilian II. den Herren und Rittern samt Herrschaften, Familie und Untertanen in Österreich ob und unter der Enns die freie Religionsausübung bewilligt hatte (1568/69), nahmen die innerösterreichischen Stände mit Wohlwollen auf und sahen darin für sie eine bessere Voraussetzung mit Karl die Konfessionsproblematik zu erörtern.<sup>25</sup> Der auf der Salzburger Synode (Juni 1569) deutlich zur Aussprache gebrachte Verfall der katholischen Kirche erhöhte die konfessionspolitischen Probleme Karls zusätzlich.<sup>26</sup> Da der Landesfürst auf Geldbewilligungen der Stände angewiesen war, um die Abwehr der drängenden Türken zu ermöglichen, konnten die Landstände Innerösterreichs auf dem Grazer Landtag 1572 die erste “Religionspazifikation”

---

<sup>20</sup> AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 411 f.; LUTTENBERGER, Innerösterreich und das Reich (wie Anm. 13), S. 362 f..

<sup>21</sup> Heinz SCHILLING, Die konfessionelle Entwicklung im Reich zwischen 1555 und 1600, in: Rolf-Dieter KLUGE (Hg.), Ein Leben zwischen Laibach und Tübingen. Primus Truber und seine Zeit. Intentionen, Verlauf und Folgen der Reformation in Württemberg und Innerösterreich (Sagners slavistische Sammlung Bd. 24), München 1995, S. 37-45, hier S. 42-44; DOLINAR, LIEBMANN, RUMPLER, Gegenreformation in Innerösterreich (wie Anm. 8), S. 13.

<sup>22</sup> WIELAND, Reformation und Gegenreformation (wie Anm. 13), S. 73.

<sup>23</sup> EBDA., S. 73; AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 412.

<sup>24</sup> LUTTENBERGER, Innerösterreich und das Reich (wie Anm. 13), S. 363.

<sup>25</sup> Maximilian führte eine eher gemäßigte Konfessionspolitik und wollte genauso wenig eine offene Konfrontation mit den protestantischen Reichsständen herausfordern wie Karl. Dazu und Näheres zu Kaiser Maximilian II. allgemein: Karl BRANDI, Reformation und Gegenreformation, Frankfurt am Main <sup>5</sup>1979, S. 320; Alfred KOHLER, Vom Habsburgischen Gesamtsystem Karls V. zu den Teilsystemen Phillips II. und Maximilian II., in: Friedrich EDELMAYER, Alfred KOHLER (Hgg.), Kaiser Maximilian II. Kultur und Politik im 16. Jahrhundert (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit Bd. 19), Wien 1992, S. 13-37, hier S. 32 f.; Friedrich EDELMAYER, Alfred KOHLER (Hgg.), Kaiser Maximilian II. Kultur und Politik im 16. Jahrhundert (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit Bd. 19), Wien 1992; Maximilian LANZINNER, Friedenssicherung und politische Einheit des Reiches unter Kaiser Maximilian II. (1564 - 1576) (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Bd. 45), Göttingen 1993.

<sup>26</sup> WIELAND, Reformation und Gegenreformation (wie Anm. 13), S. 74.



durchsetzten. Diese wohlgerneht mündliche Zusage Karls erlaubte es Grafen, Freiherren und Rittern mit ihren Angehörigen, Dienern und Religionsverwandten in Innerösterreich ihre Religion frei auszuüben. Außerdem durften evangelische Prädikanten des Adels amtieren. Das Recht die Konfession für die landesfürstlichen Städte und Märkte selbst zu bestimmen behielt Karl sich ausdrücklich vor.<sup>27</sup>

Die Stände nutzten die Zusagen Karls extensiv. Sie richteten noch im Jahr der ersten Pazifikation in Graz ein Kirchenministerium ein und arbeiteten eine Kirchenordnung aus, die 1578 auf ganz Innerösterreich ausgedehnt wurde. Zwei Jahre später erweiterte der steierische Adel die Grazer Stiftsschule zu einer evangelischen Akademie.<sup>28</sup> Karl versuchte seiner katholischen Linie trotz allem treu zu bleiben und stiftete den katholisch geprägten Jesuiten 1573 ein Kloster.<sup>29</sup> Bereits ein Jahr zuvor gelang es ihm die ersten Jesuiten von München nach Graz zu beordern, von welchen er sich den Aufbau einer besseren katholischen Infrastruktur erhoffte.<sup>30</sup> Die Heirat mit der bayerischen Herzogstochter Maria (1571) sollte ebenfalls Karls weiterhin katholische Haltung demonstrieren.<sup>31</sup>

Diese Maßnahmen halfen jedoch nicht gegen die zweite, erweiterte Religionspazifikation auf dem innerösterreichischen Generallandtag 1578. Wieder drängten die Landstände Karl zu Toleranzzusagen gegenüber der protestantischen Sache. Die finanzielle Abhängigkeit von der Bewilligung der Gelder durch die Stände zur Abwehr der Türken, ließ dem Landesfürst keine Wahl. Zu den bei der ersten Pazifikation 1572 getätigten Zugeständnissen, kam die Erlaubnis in Graz, Laibach, Klagenfurt und Judenburg evangelische Prädikanten bestellen und protestantische Einrichtungen aufbauen zu dürfen. Außerdem versicherte Karl den Bürgern der Städte und Märkte sie nicht in ihrem Gewissen behelligen, also keinen Glaubenszwang ausüben, zu wollen. Damit war der protestantische Zenit in Innerösterreich erreicht.<sup>32</sup>

---

<sup>27</sup> AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 415 f.; Martin SCHEUTZ, Kammergut und/oder eigener Stand? Landesfürstliche Städte und Märkte und der „Zugriff“ der Gegenreformation, in: Rudolf LEEB, Susanne Claudine PILS, Thomas WINKELBAUER (Hgg.), Staatsmacht und Seelenheil. Gegenreformation und Geheimprotestantismus in der Habsburgermonarchie (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung Bd. 47), München 2007, S. 311-339, hier S. 319.

<sup>28</sup> AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 416.

<sup>29</sup> LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 462.

<sup>30</sup> AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 414.

<sup>31</sup> EBDA., S. 413; WIELAND, Reformation und Gegenreformation (wie Anm. 13), S. 76.

<sup>32</sup> AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 416; LUTTENBERGER, Innerösterreich und das Reich (wie Anm. 13), S. 363 f..

## II Die Münchener Geheimkonferenz von 1579 und ihre Folgen für Karls Konfessionspolitik

### II.1 Die Konferenz und ihre Resultate

Karl hoffte darauf, dass die Religionspazifikation von 1578 geheim bliebe, denn neben dem Selbstverständnis eines katholischen Landesfürsten sein Land nach seiner Konfession zu führen, schlug auch der Prestige- und Machtverlust, der zwangsläufig mit dem ständischen Vordringen in landesherrliche Befugnisse einher ging, negativ zu buche.<sup>33</sup> Gerüchte über weit mehr als die von Karl erteilten mündlichen Religionszugeständnisse an den protestantischen Adel in Innerösterreich drangen jedoch bis zur römischen Kurie vor, sodass Papst Gregor XIII. einen Nuntius nach Graz schickte. Der Nuntius Felician Ninguarda sollte Karl seine Exkommunikationsbulle überreichen und eine sofortige Rücknahme der Zugeständnisse und die Beseitigung der Häresie fordern.<sup>34</sup> Ebenfalls besorgt waren die zwei katholischen Fürsten der benachbarten Länder Wilhelm V. von Bayern und Ferdinand II. von Tirol von dem Vordringen der Protestanten in Innerösterreich.<sup>35</sup> Gemeinsam wollten nun der Nuntius, die Landesherren von Bayern, Tirol und Innerösterreich im Oktober 1579 in München ein Plan ausarbeiten, der die komplette Zurücknahme der Pazifikationen bewirken sollte. Ein sofortiger Widerruf kam nicht in Frage, da zum Einen dadurch eine offene Rebellion befürchtet wurde und zum Anderen finanzielle Einbußen durch die Stände zu erwarten waren. Die militärische Lösung wäre nach Ansicht der Teilnehmer der Münchener Konferenz eigentlich die beste, jedoch auch hier gab es eine triftige Befürchtung von diesem Vorhaben abzusehen: Die innerösterreichischen Stände könnten sich zusammenschließen und sogar die protestantischen Kräfte aus dem Reich mobilisieren, um gegen den Landesfürsten zu kämpfen.<sup>36</sup> Also arbeiteten sie ein eher defensives Programm aus. Das langfristige Ziel, den

---

<sup>33</sup> LUTTENBERGER, Innerösterreich und das Reich (wie Anm. 13), S. 365; PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 71.

<sup>34</sup> HERZIG, Zwang zum wahren Glauben (wie Anm. 6) S. 36; PÖRTNER, Gegenreformation und Legalismus, S. 508; Dies., Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 72; LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 1.

<sup>35</sup> HERZIG, Zwang zum wahren Glauben (wie Anm. 6) S. 36; LUTTENBERGER, Innerösterreich und das Reich (wie Anm. 13), S. 366; PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 72.

<sup>36</sup> PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 82; SCHEUTZ, Städte und Märkte und der „Zugriff“ (wie Anm. 27), S. 312; LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 6 und 7.

Protestantismus in Innerösterreich komplett zu vernichten, war das gleiche. Für Karl sollte dieser Münchener Plan von nun an ein Leitfaden in seiner Konfessionspolitik sein.<sup>37</sup>

Mit welchen planerischen Resultaten verabschiedeten sich die Landesherren von Bayern, Tirol, Innerösterreich und der Nuntius? Karl sollte die Kontrolle über Druckereien wiedererlangen, um die Verbreitung der häretischen Schriften zu verhindern. Des Weiteren standen die öffentlichen Ämter im Fokus. Hier sollten alle Protestanten von ihren Posten verdrängt und frei gewordene oder neue Stellen nur noch von Katholiken besetzt werden. Wilhelm V. von Bayern und Ferdinand II. von Tirol boten Karl für diese Posten qualifizierte katholische Ratsmitglieder, Beamte und Bedienstete an. Protestantische Neubauten, wie Kirchen, Schulen und Ministerien sollten gänzlich verboten werden. Ebenso stand in der Münchener Agenda die Verhinderung neuer evangelischer Ordinationen und der Versuch die Bürger von der protestantischen Seelsorge abzuschneiden. Außerdem hatten die Teilnehmer der Münchener Geheimkonferenz darauf spekuliert, dass Karl politische Kraft schöpfen könne, indem er an alte Loyalitäten der Stände ihm gegenüber erinnerte und sie mit ihren jetzigen aufrührerischen Aktivitäten kontrastierte. Die römische Kurie wurde mit der Bitte eine ständige Nuntiatur in Innerösterreich einzurichten um Unterstützung gebeten. Die Durchsetzung der Reformansätze des Trienter Konzils<sup>38</sup> für Innerösterreich war ein weiterer Punkt in der Agenda, welcher eine verbesserte katholische Infrastruktur schaffen sollte. Da die Konferenzteilnehmer die Gefahr der Rebellion gegen die kommenden gegenreformatorischen Maßnahmen trotz der langsamen Herangehensweise nicht völlig ausschließen konnten, sollte die Grazer Garnison zur Sicherheit Karls verstärkt werden. Die Teilnehmer der Konferenz sicherten Karl, wenn nötig, Gelder und militärische Hilfe zu. Diese Hilfe sollte ihm mehr Unabhängigkeit gegenüber den innerösterreichischen Ständen ermöglichen. Die Münchener Agenda sah es vor, dass Karl mit den Rekatholisierungsmaßnahmen in seinem unmittelbaren Herrschaftsbereich beginnen sollte, da er sich hier die

---

<sup>37</sup> AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 416 und 417; HERZIG, Zwang zum wahren Glauben (wie Anm. 6) S. 142.

<sup>38</sup> Auf dem Trienter Konzil, das von Dezember 1545 bis 1563 des gleichen Monats andauerte, beschloss der altgläubige Klerus die schon lange benötigten Reformen innerhalb der katholischen Kirche. Auf dem Konzil wurden hauptsächlich feste Normen gleichermaßen für Geistliche und Gläubige bestimmt und es wurde eine klare glaubenstheoretische Trennlinie zu den Protestanten gezogen. Durch diese Normierung erhofften sich die führenden katholischen Kleriker eine klare Leitlinie in Glaubensdingen, welche dadurch besser zur Kontrolle und Ahndung von Vergehen dienen konnte. Dazu: DOLINAR, LIEBMAN, RUMPLER, Gegenreformation in Innerösterreich (wie Anm. 8), S. 14; LUTZ, Reformation und Gegenreformation (wie Anm. 10), S. 69; SCHILLING, Konfessionelle Entwicklung (wie Anm. 21), S. 38.

ausdrückliche Disposition vorbehalten hatte und hier die Maßnahmen rein rechtlich am besten durchzusetzen sein mussten.<sup>39</sup>

## II.2 Karls Konfessionspolitik nach der Münchener Konferenz

Eines der ersten gegenreformatorischen Handlungen Karls war ein erlassenes Dekret, das den Neubau von protestantisch geprägten Schulen und Kirchenministerien verbot. Anscheinend war das Dekret wenig effektiv, da Karl in seiner folgenden Regierungszeit immer wieder auf die Pflicht das Gesetz zu befolgen hinwies.<sup>40</sup> Eine weitaus kraftvollere Maßnahme war dagegen die Schließung und Zerstörung von protestantischen Druckereien in den landesfürstlichen Städten. In Graz ließ Karl 1579 einen Drucker verhaften, weil sich dieser weigerte die Leseliste der Jesuitenschule zu drucken.<sup>41</sup> Im folgenden Jahr zeigte sich die nächste landesfürstliche und gegenreformatorische Handlung: Caspar Kratzer, Protestant, abtrünniger Jesuit und Leiter der Grazer Protestantenschule wurde von Karl im Juni des Jahres 1580 verbannt. Im selben Monat folgte das Predigtverbot für das Oberhaupt des innerösterreichischen Kirchenministeriums Jeremias Homberger.<sup>42</sup> Die restriktiven Aktionen gegen die Protestanten in den landesfürstlichen Städten nahmen damit ihren Anfang. Kurz nachdem der Nuntius Malaspina für den ständigen Verbleib in Innerösterreich eintraf, wagte Karl den nächsten Schritt im Prozess der Gegenreformation: Er verbot am 10. Dezember 1580 in allen seinen landesfürstlichen Städten das evangelische Religionsexercitium.<sup>43</sup> Das Dezemberdekret wirkte allerdings anders als gewünscht. Statt die Augsburger Konfession in den Städten einzudämmen, rief es ein politisches Zusammenrücken der protestantischen Seite, also der Reichsstände und der Landstände, hervor. Als offenes Druckmittel verweigerten sie Karl jegliche finanzielle Sicherung der Grenzbefestigungen gegen die Türken.<sup>44</sup> Karl, der wenig monetären Spielraum hatte, wandte sich daraufhin hilfesuchend an die Teilnehmer der

---

<sup>39</sup> AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 416 f.; HERZIG, Zwang zum wahren Glauben (wie Anm. 6) S. 37; PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 82 und 83; LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 10 und 11.

<sup>40</sup> PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 84; LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 31.

<sup>41</sup> PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 84; SCHEUTZ, Städte und Märkte und der „Zugriff“ (wie Anm. 27), S. 333; LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 36.

<sup>42</sup> AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 416; PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 84; LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 37 und 38.

<sup>43</sup> LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 47.

<sup>44</sup> LUTTENBERGER, Innerösterreich und das Reich (wie Anm. 13), S. 366; PÖRTNER, Ständischer Legalismus (wie Anm. 7), S. 512; Dies., Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 84 f.

Münchener Konferenz, die ihm für diesen Fall finanzielle und militärische Hilfe zugesichert hatten. Obwohl sich alle, sowohl der Papst als auch die Landesfürsten von Bayern und Tirol, bereit erklärten, finanzielle Hilfe zu leisten, kam in der folgenden Zeit nichts in Innerösterreich an. Dies führte dazu, dass Karl schon im Jahr darauf unter dem Druck der dringend benötigten Gelder für die Grenzsicherung das Dezemberdekret aussetzte.<sup>45</sup>

Nun sah sich Karl wieder von der katholischen Seite, vor allem durch den Nuntius, bedrängt. Dieser warf ihm vor, zu wenig gegen die Häretiker in seinem Land zu unternehmen und ihren Forderungen zu leicht nachzugeben. Angesichts der finanziellen Abhängigkeiten drängte Malaspina Karl dazu die pekuniären Schlüsselpositionen, wie zum Beispiel den Hofkammerrat, von Protestanten zu "säubern" und frei gewordene hofstaatliche Stellen nur noch mit Katholiken zu besetzen. Der innerösterreichische Landesfürst konnte jedoch keine zu offensichtliche Verdrängungs- oder Einsetzungspolitik betreiben ohne weitere Konfrontationen mit dem Adel zu riskieren. Dementsprechend blieb beispielsweise der wichtige Posten des Landeshauptmanns, der ehemals von einem Protestanten bis zu seinem Tod besetzt war, wegen der zu befürchtenden heftigen Einwände seitens der Stände sechs Jahre unbesetzt. Um aber trotzdem gemäß des Münchener Rekatholisierungsplans Fortschritte in der Besetzungspolitik zu erreichen, ließ Karl zunächst auf niederen Posten, die weniger bedeutend und somit unauffälliger waren, ausschließlich Katholiken einsetzen.<sup>46</sup> Karl schwächte die reformatorische Front langsam - ganz wie im Münchener Plan vorgesehen.

Die weltlichen Fürsten der innerösterreichischen Nachbarländer Bayern und Tirol bemängelten Karls Rücknahme des Dezemberdekrets ebenfalls. Karl setzte abermals den Plan von München um, indem er einer anderen Strategie den Vorrang gab und sich auf sein unmittelbares Herrschaftsgebiet forcierte. Zwar richtete sich das neue Dekret vom 09. März 1582<sup>47</sup>, das dem ausgesetzten Dezemberdekret von 1580 stark glich und im wesentlichen den Bürgern das evangelische Religionsexercitium verbot wieder an alle landesfürstlichen Städte, doch schien Karl es dieses Mal zuerst und verstärkt in seiner Residenzstadt Graz durchzusetzen

---

<sup>45</sup> PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 85 f.; LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 106.

<sup>46</sup> PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 86-88; LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 134, 135 und 138.

<sup>47</sup> LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 139.

zu wollen.<sup>48</sup> Nur einen Monat später, im April 1582<sup>49</sup>, erhöhte der Landesfürst den Druck noch einmal und verbot den Besuch der ständischen Kirchen und Schulen in Graz.<sup>50</sup> Karl sah sich abermals der konfessionellen Opposition gegenüber, die sogar eine steierische Gesandtschaft wegen Interzession der Dekrete an den Kaiser schickte, doch dieses Mal gab er nicht nach. Die Gesandtschaft konnte keine verbrieften Rechte zum Religionsexercitium vorweisen und scheiterte somit mit dem Versuch beim Kaiser zu interzedieren.<sup>51</sup> Im Mai des gleichen Jahres bestätigte Karl seine erlassenen Dekrete noch einmal und wies den Grazer Bürgermeister, Richter und Stadtschreiber darauf hin, dass sie bei Weigerung das protestantische Religionsexercitium aufzugeben inhaftiert würden. Tatsächlich konvertierten sie äußerlich und durften in Graz bleiben, nichtsdestotrotz mussten sie ihre Posten aufgeben.<sup>52</sup>

In den darauf folgenden Jahren drohten die Stände Karl mehrmals mit der Verweigerung der Hilfe für die militärische Abwehr der Türken, wenn er die repressiven konfessionellen Gesetze nicht aussetzen würde. Doch Karl blieb standhaft bei seiner Rekatholisierungspolitik.<sup>53</sup> Anfang des Jahres 1584 wagte er statt dem ständischen Druck nachzugeben, den nächsten Schritt in der Durchsetzung der Münchener Agenda: Er stellte die Grazer Bürger vor die Wahl entweder seine Gesetze zu akzeptieren oder zu emigrieren. Um seiner fürstlichen Gewalt Nachdruck zu verleihen, setzte er eine Kommission ein, welche die Aufgabe hatte protestantische Bürger zu befragen und sie zu einer Entscheidung hinsichtlich der Konvertierung oder der Emigration zu drängen.<sup>54</sup> Die Brisanz des Dekrets war Karl und seiner katholischen Allianz durchaus bewusst. Statt wie gewünscht viele Bürger zur Konvertierung zu drängen, konnte die Bevölkerung in einer großen Zahl ausreisen oder sich zu einer Rebellion zusammenschließen. Wilhelm V. von Bayern und Ferdinand II. von Tirol diskutierten diese Sachverhalte zusammen mit Karl bei einer Zusammenkunft in Innsbruck. Gesetz dem Fall, dass zu viele wirtschaftliche Leistungsträger wegen des Dekrets Innerösterreich verlassen sollten, wurde von Wilhelm und Ferdinand versprochen mit geeigneten katholischen Handwerkern auszuhelfen, die bereit waren nach Graz umzusiedeln,

---

<sup>48</sup> LUTTENBERGER, Innerösterreich und das Reich (wie Anm. 13), S. 366; PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 90.

<sup>49</sup> LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 149.

<sup>50</sup> PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 90 f..

<sup>51</sup> LUTTENBERGER, Innerösterreich und das Reich (wie Anm. 13), S. 366 f.; PÖRTNER, Ständischer Legalismus (wie Anm. 7), S. 512 f..

<sup>52</sup> LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 176; PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 91.

<sup>53</sup> PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 91.

<sup>54</sup> DIES., Ständischer Legalismus (wie Anm. 7), S. 513; DIES., Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 91.

wenn sie dort das Bürgerrecht erhielten. Eine finanzielle Unterstützung für Karl wurde bei diesem Treffen der Landesfürsten ein weiteres Mal in die Zukunft verschoben.<sup>55</sup>

Wie schon von Karl und seiner katholischen Allianz befürchtet, gab es tatsächlich einige protestantische Grazer, die eine bewaffnete Gegenwehr in Erwägung zogen, wenn die Religionskommission ihre Arbeit weiterführte und Bürger zur Vernehmung vorlud. Jedoch war sich das Lager der Protestanten in Innerösterreich in dieser Angelegenheit keinesfalls einig. Die städtische Elite, genauso wie die Stände distanzieren sich öffentlich von jeglichem Vorhaben Gewalt anwenden und gegen die Dekrete Karls handeln zu wollen. Mehr noch, sie rieten ihren städtischen Religionsverwandten den Anweisungen der Religionskommission Folge zu leisten, dringend von einer Rebellion abzusehen und ihr Los in leidendem Gehorsam zu ertragen.<sup>56</sup> Angesichts der verweigerten Hilfe durch die Stände, nahmen die Bürger schließlich von einer offenen Rebellion Abstand. Die ohnehin schon geringe Basis des politischen Zusammenhalts zwischen Adel und Bürgern, der sich fast ausschließlich auf die Konfession beschränkte, wurde durch den Verlauf dieser Geschehnisse weiter gespalten.<sup>57</sup> Tatsächlich wurden sieben Bürger festgenommen, die angeblich eine Revolte geplant hatten. Karl demonstrierte damit politische Stärke und kam seiner fürstlich-katholischen Pflicht für Recht und Ordnung zu sorgen nach. Die Religionskommission konnte also ungehindert weiter arbeiten. Die städtischen Magistrate halfen der Kommission, denn wer einen ausgewiesenen aber heimlich wiedergekehrten und damit geächteten Bürger denunzierte, bekam dessen Besitz. Es durften nur diejenigen Protestanten in der Stadt verbleiben, die ihr evangelisches Religionsbekenntnis widerriefen und Abbitte leisteten.<sup>58</sup> Die rechtlichen Befugnisse der städtischen Verwaltung wurden von Karl dahingehend eingeschränkt, dass er mit einem Dekret im Juli 1584 Stadtanwälte für seine landesfürstlichen Städte einsetzte.<sup>59</sup>

---

<sup>55</sup> EBDA., S. 91 f..

<sup>56</sup> Angesichts der repressiven Konfessionspolitik Karls seit der Münchener Konferenz hatten sich die Protestanten mit der Gehorsamsfrage auseinandergesetzt. Auf der einen Seite stand der Tübinger Theologe Jakob Andreae, der zu leidendem Gehorsam riet, auf der anderen der Hessische Theologe Jeremias Homberger, welcher eher zu aktiver Gegenwehr aufforderte. Weiteres dazu: AMON, *Abwehr der Reformation* (wie Anm. 2), S. 417; PÖRTNER, *Ständischer Legalismus* (wie Anm. 7), S. 513, 516-518; DIES., *Counter-Reformation* (wie Anm. 3), S. 92.

<sup>57</sup> Die protestantischen Landstände und die landesfürstlichen Städte hatten außer der gemeinsamen Religion wenig Gemeinsamkeiten. Stattdessen herrschte eher Uneinigkeit und Konkurrenzdenken. Vor allem die Fragen der politischen Repräsentanz auf Landtagen, Handelskonkurrenz zwischen Grundherren und Städtern und die Verteilung der Steuerlast waren die Streitpunkte. Weiteres dazu: PÖRTNER, *Ständischer Legalismus* (wie Anm. 7), S. 513 f.; DIES., *Counter-Reformation* (wie Anm. 3), S. 92 f..

<sup>58</sup> PÖRTNER, *Counter-Reformation* (wie Anm. 3), S. 93.

<sup>59</sup> PÖRTNER, *Counter-Reformation* (wie Anm. 3), S. 93; SCHEUTZ, *Städte und Märkte und der „Zugriff“* (wie Anm. 27), S. 327; LOSERTH, *Akten und Korrespondenzen Karl II.* (wie Anm. 8), Nr. 430.

Das Münchener Programm sah für die Rekatholisierung Innerösterreichs neben den aktiven antiprotestantischen Dekreten auch das Aufbauen einer verbesserten katholischen Infrastruktur und die Reformation der katholischen Kleriker nach den Maßgaben des Trientischen Konzils vor. Karl benötigte vor allem gut ausgebildete katholische Geistliche, die sich um die Seelsorge der Bevölkerung kümmerten. Um diesem Ziel näher zu kommen und desgleichen Universitätsabsolventen für die zu besetzenden Ämter in Innerösterreich zu erlangen, erhob Karl die Jesuitenschule 1586 zur Universität.<sup>60</sup> Ein anderer Grund für die Schaffung einer gehobenen katholischen Ausbildungsstätte war, dass viele Bürger aus Mangel an Akademie-, Schul- und Universitätsplätzen ihre Söhne an ausländische Einrichtungen schickten und diese anschließend oftmals mit protestantischem Gedankengut zurückkehrten.<sup>61</sup>

Die forcierte anti-protestantische Politik Karls in den ihm unmittelbar unterstellten Städten sorgte für Spannungen und Emigration. Einerseits konnte Karl durch den Druck der katholischen Allianz, des Nuntius und dem Ansehen als Landesoberhaupt seine Politik fest im Griff haben zu müssen, keine Rücknahme der Rekatholisierungsmaßnahmen riskieren. Damit war die Möglichkeit für Entlastung der angespannten Lage in den Städten zu sorgen kaum zu schaffen. Andererseits fürchtete er wirtschaftliche und damit finanzielle Einbußen, wenn ökonomische Leistungsträger massenhaft ausreisten. Wenigstens in seiner Residenzstadt sorgte er für ein etwas Entlastung, indem er das evangelische Religionsexercitium außerhalb der Stadtgrenzen erlaubte.<sup>62</sup> Im Gegensatz dazu erhöhte Karl die gegenreformatorische Schlagkraft in seinen übrigen landesfürstlichen Städten. Immer wieder erließ er zwischen den Jahren 1587 und 1589 Dekrete, die das protestantische Religionsexercitium und die Predigten der lutherischen Prälaten verboten.<sup>63</sup> Außerdem machte ihn die Religionskommission auf Städte aufmerksam, die nach den Maßgaben Karls konfessionell bedenklich erschienen. Diesen Städten wurde anschließend besondere Aufmerksamkeit in der Hinsicht geschenkt, dass sie vornehmlich mit Stadtanwälten versehen wurden und protestantische Stadtangestellte durch katholische ersetzt wurden.<sup>64</sup>

---

<sup>60</sup> PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 101 f.; LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 465.

<sup>61</sup> PÖRTNER, Ständischer Legalismus (wie Anm. 7), S. 514; DIES., Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 102; LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 469.

<sup>62</sup> PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 93.

<sup>63</sup> HERZIG, Zwang zum wahren Glauben (wie Anm. 6) S. 37 f.; PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 93.

<sup>64</sup> SCHEUTZ, Städte und Märkte und der „Zugriff“ (wie Anm. 27), S. 319.



Die Schlagzahl der Dekrete gegen Angehörige der Augsburger Konfession erhöhte sich zum Ende der Regierungsperiode Karls noch einmal. Im Jahr 1588 erließ der Landesfürst ein Dekret, dass für alle Grazer einen katholischen Bürgereid vorschrieb. Zwei Jahre später erneuerte er diese Vorschrift und zudem die Verbote weder protestantische Schulen noch Ämter besuchen zu dürfen.<sup>65</sup> Die Durchsetzung des Schulbesuchsverbotes führte zur Eskalation der ohnehin schon gespannten Verhältnisse in der Residenzstadt. Wo es noch zehn Jahre zuvor im Jahr 1580 den gemeinsamen protestantischen Kräften der Stände und der Bürger gelang, durch Verhandlungen und der Drohung keine finanzielle Hilfe in der dringend benötigten Türkenabwehr zu leisten und Karl so zu einer Rücknahme des Novemberdekrets zu drängen, half all dies nun nichts mehr. Die Stände konnten weder Karl zu einem deeskalierendem Abrücken von seiner antiprottestantischen Politik überzeugen noch einen Aufstand der Bürger verhindern. Zwischen dem 4. und 6. Juni 1590 kam es zu einer bewaffneten Revolte einiger Bürger in Graz. Der Anlass des Aufstandes war ein festgenommener Handwerkersohn, der trotz des Schulbesuchsverbotes in die Schule gegangen war. Der Vater versammelte sich mit einigen Hundert Gleichgesinnten, da auch andere Schüler verhaftet worden waren, und forderte mit ihnen die Freilassung der Inhaftierten. Magistrate berichteten in diesem Zusammenhang von einer Bewaffnung der Aufständischen, die scheinbar aus dem ständischen Zeughaus stammte. Nachdem die Befreiung der Handwerkersöhne erreicht wurde, löste sich die Revolte langsam von alleine auf. Da Karl überraschend einen Monat später, am 10. Juli 1590, starb, blieb die Bestrafung der Aufständischen aus.<sup>66</sup> Die politische Lage in Innerösterreich entspannte sich darauf hin zusehends, da die eingerichtete Übergangsregierung lediglich kommissarisch agierte.<sup>67</sup> Erst Karls Sohn Ferdinand brachte sechs Jahre später, bei seinem Regierungsantritt 1596 wieder die protestantischen Gemüter in Aufruhr.

---

<sup>65</sup> PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 94.

<sup>66</sup> AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 417; PÖRTNER, Gegenreformation in der Steiermark (wie Anm. 4), S. 379; DIES., Ständischer Legalismus (wie Anm. 7), S. 514; DIES., Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 94 f.; LOSERTH, Akten und Korrespondenzen Karl II. (wie Anm. 8), Nr. 550, 551 und 552.

<sup>67</sup> Als Karl starb war sein Sohn Ferdinand erst zwölf Jahre alt, sodass er die Regierung zu diesem Zeitpunkt noch nicht übernehmen konnte. Dazu: AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 418.

### **III Ergebnisse der Konfessionspolitik Karls und Ausblick in den daraus resultierenden Regierungsbeginn Ferdinands**

Karls Regierung endete mit einem bewaffneten Aufstand. War dies das Zeichen, dass seine Konfessionspolitik gescheitert war, weil die protestantischen Kräfte sich letztendlich durchsetzen konnten? Gescheitert in dem Sinne, dass er die protestantische Religion ausrotten wollte – ja, denn dies gelang ihm nicht. Jedoch war dieses Ziel in seiner Regierungszeit angesichts der großen finanziellen Belastung durch die Türkenabwehr und die pekuniäre Abhängigkeit von den lutherischen Ständen kaum möglich. Karl hatte aber erreicht, dass sich der Protestantismus in seinem Land nicht weiter ausbreitete. Der ständige Druck durch die restriktiven Gesetze gegen die Angehörigen der Augsburger Konfession, die in der Münchener Konferenz von 1579 ausgearbeitet worden waren, zeigte Wirkung. Außerdem schaffte es Karl durch die akkumulierte Kraft der Durchsetzung der gegenreformatorische Gesetze in seinen landesfürstlichen Städten, die lutherische Ausbreitung zu stoppen und die protestantische Koalition der Stände mit den Bürgern empfindlich zu stören. Das Versprechen der Religionsverwandten sich bedingungslos gegenseitig zu helfen, das nach der Religionspazifikation geschlossen wurde, gab es nicht mehr.<sup>68</sup>

Nach Karls Tod beruhigte sich die politisch aufgeladene Stimmung in Innerösterreich, bis zu dem Zeitpunkt als sein Sohn Ferdinand 1596 in Innerösterreich die Regierung übernahm. Vehement lehnte es der Nachfolger Karls ab, die mündlichen Religionszusagen seines Vaters zu bestätigen.<sup>69</sup> Stattdessen gingen die gegenreformatorischen Maßnahmen Ferdinands in den folgenden Jahren in aller Härte weiter. Er trieb die Ausweisung der Protestanten und Prädikaten voran, ließ lutherische Inhaber von Ämtern durch katholische ersetzen, schickte eine militärisch geschützte Religionskommission durchs Land und ließ Kirchen und häretische Bücher zerstören und Schulen schließen. Bis auf den Adel, der erst im Jahr 1628 davon betroffen war, mussten sich alle Bürger und Bauern entscheiden, ob sie entweder

---

<sup>68</sup> AMON, Abwehr der Reformation (wie Anm. 2), S. 418; PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 96.

<sup>69</sup> HERZIG, Zwang zum wahren Glauben (wie Anm. 6), S. 38; PÖRTNER, Gegenreformation in der Steiermark (wie Anm. 4), S. 378; Rudolf K. HÖFNER, Bischof Martin Brenner als Gegenreformer und katholischer Reformator, in: France M. DOLINAR, Maximilian LIEBMAN, Helmut RUMPLER u.a. (Hgg.), Katholische Reform und Gegenreformation in Innerösterreich 1564-1628, Graz, Wien, Köln 1994, S. 21-40, hier S. 22.

konvertieren oder ausreisen.<sup>70</sup> Die äußerliche Rekatholisierung war durch Ferdinand II. gegen Mitte des 17. Jahrhunderts vollbracht.<sup>71</sup> Dies war zum Teil auch das Verdienst seines Vaters, der trotz der drängenden Protestanten keine verbriefte Pazifikation ausstellte und somit das geltende Recht auf seiner Seite behielt.<sup>72</sup>

---

<sup>70</sup> HERZIG, Zwang zum wahren Glauben (wie Anm. 6), S. 38-42; PÖRTNER, Gegenreformation in der Steiermark (wie Anm. 4), S. 379; HÖFNER, Martin Brenner (wie Anm. 69), S. 24; SCHEUTZ, Städte und Märkte und der „Zugriff“ (wie Anm. 35), S. 321; LUTTENBERGER, Innerösterreich und das Reich (wie Anm. 13), S. 368-370.

<sup>71</sup> Viele Innerösterreicher gaben offiziell an katholisch zu sein, in ihrer inneren Überzeugung waren sie jedoch oftmals weiterhin protestantisch. Dazu: SCHEUTZ, Städte und Märkte und der „Zugriff“ (wie Anm. 27), S. 336.

<sup>72</sup> PÖRTNER, Counter-Reformation (wie Anm. 3), S. 107.

## Fazit

Karl war ambitioniert sein Land nach katholischen Maßgaben zu führen. Er wollte als Landesfürst seine Untertanen in Frieden und Ordnung regieren und, dass sie nach seiner Konfession lebten. Allerdings kam die politische, finanzielle und kirchliche Infrastruktur seinen Zielen nicht entgegen als er die Regentschaft für Innerösterreich übernahm. Stattdessen sah er sich wiederholten konfessionellen Forderungen der Landstände gegenüber, die ihn schließlich zu den mündlichen Religionspazifikationen (1572, 1578) und damit zu weitgehenden Zugeständnissen in der Ausübung der Augsburger Konfession zwangen. Sowohl seine schwache finanzielle Lage, die den Ständen als steuerbewilligende Kraft in die Karten spielte, als auch der Zustand der katholischen Kirche, der es vor allem an Kirchen, Seelsorge, Schulen und gut ausgebildeten Geistlichen fehlen ließ, sorgten dafür, dass Karl wenig Spielraum blieb, um den Forderungen der Stände zu widersprechen.

Besonders die zweite Religionspazifikation von 1578 stellte den Höhepunkt der Errungenschaften für den protestantischen Adel in Innerösterreich dar. Doch gerade dieses weite Vordringen entgegen den Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens (*Ius Reformandi*) aktivierte die innerösterreichischen Landesnachbarn Wilhelm V. von Bayern, Erzherzog Ferdinand von Tirol und den päpstlichen Gesandten. Gemeinsam mit Karl arbeiteten sie auf der Münchener Geheimkonferenz von 1579 eine Agenda aus, die vor allem die schrittweise Zurücknahme der Pazifikation bewirken sollte und Karl finanzielle Hilfe zusicherte.

Nach der Konferenz trat Karl in Religionsfragen resoluter auf. Angefangen mit den Verboten neue protestantische Einrichtungen bauen zu lassen, über Festnahmen und Berufsverbote für protestantische Drucker, Ausweisungen und Predigtverbote für Prälaten, bis hin zu Schließungen der lutherischen Schulen und Ministerien, zeigte Karl eine recht vielversprechende Rekatholisierungspolitik. Zwar waren die Protestanten über die neue forcierte Politik Karls in Religionsdingen besorgt, doch eine offene und gemeinsame Konfrontation wagten sie nicht. Erst viel später als Karl, vermutlich von den anfänglichen Erfolgen etwas übereifrig, das protestantische Religionsexercitium in den Städten 1590 komplett verbot, stellten sich Teile der protestantischen Religionsangehörigen bewaffnet gegen ihn.

In den vorherigen Jahren ließ der Adel Karl lediglich wissen, dass er, wenn er das Dezemberdekret von 1580 nicht zurück nähme, mit finanziellen Einbußen rechnen müsse, da die Landstände sonst von ihrem Steuerbewilligungs- und Verweigerungsrecht Gebrauch machen würden. Die für diesen Fall auf der Münchener Konferenz versprochenen pekuniären Hilfestellungen der Konferenzteilnehmer blieben trotz der Nachfrage Karls aus. Karl musste sich demnach der Forderung der Protestanten nach der Aussetzung des Dezemberdekrets beugen. Trotzdem versuchte Karl den Münchener Plan weiter zu verfolgen. Um kein zweites Mal mit seinen konfessionellen Anordnungen einknicken zu müssen, versuchte er in der Folgezeit auf offene Konfrontationen zu verzichten.

Nach diesem ersten Rückschlag setzte der innerösterreichische Landesfürst andere Punkte des Münchener Rekatholisierungsplans um. Karl stand unter der Beobachtung der Konferenzteilnehmer. Immer wieder mahnten sie ihn die Münchener Agenda umzusetzen. Vor allem der Nuntius, der im Land weilte und so genauestens über Fortschritte und Rückschläge unterrichtet war, stand Karl beratend und ermahnend zur Seite. Der innerösterreichische Landesfürst versuchte einen Mittelweg zu gehen, der einerseits die katholische Seite mit kleinen aber sichtbaren Fortschritten zufrieden stellte und andererseits den Protestanten nicht vor den Kopf stieß.

Die Münchener Konferenz von 1579 beeinflusste Karls Konfessionspolitik nicht wesentlich. Schon vorher hatte er den vorabsolutistischen Anspruch sein Land ausschließlich nach seinen Maßgaben und demnach katholisch zu regieren. Die Konferenz veränderte seine Rekatholisierungspläne für Innerösterreich dahingehend, dass Karl zwar keinen finanziellen, dafür aber ideellen Zuspruch erhielt. Der Nuntius und die Landesfürsten von Bayern und Tirol standen Karl beratend zur Seite und arbeiteten mit ihm einen gegenreformatorischen Plan aus, an dem sich Karl orientierte. Ohne diese Konferenz hätten Karl vermutlich konkrete Ziele, der nötige Zuspruch der katholischen Allianz und der Zugzwang gefehlt, um den Beginn der Rekatholisierung in Innerösterreich erfolgreich auf den Weg zu bringen.

## Literaturverzeichnis

- Karl AMON, Abwehr der Reformation und Rekatholisierungsversuche in Innerösterreich unter Ferdinand I. und Karl II., in: France M. DOLINAR, Maximilian LIEBMANN, Helmut RUMPLER u.a. (Hgg.), Katholische Reform und Gegenreformation in Innerösterreich 1564-1628, Graz, Wien, Köln 1994, S. 405-418.
- Karl BRANDI, Reformation und Gegenreformation, Frankfurt am Main <sup>5</sup>1979.
- France M. DOLINAR, Maximilian LIEBMANN, Helmut RUMPLER, Die Gegenreformation in Innerösterreich als politisches, kirchenpolitisches und theologisches Problem, in: France M. DOLINAR, Maximilian LIEBMANN, Helmut RUMPLER u.a. (Hgg.), Katholische Reform und Gegenreformation in Innerösterreich 1564-1628, Graz, Wien, Köln 1994, S. 11-18.
- France M. DOLINAR, Maximilian LIEBMANN, Helmut RUMPLER u.a. (Hgg.), Katholische Reform und Gegenreformation in Innerösterreich 1564-1628, Graz, Wien, Köln 1994.
- Friedrich EDELMAYER, Alfred KOHLER (Hgg.), Kaiser Maximilian II.. Kultur und Politik im 16. Jahrhundert (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit Bd. 19), Wien 1992.
- Arno HERZIG, Der Zwang zum wahren Glauben. Rekatholisierung vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, Göttingen 2000.
- Rudolf K. HÖFNER, Bischof Martin Brenner als Gegenreformer und katholischer Reform, in: France M. DOLINAR, Maximilian LIEBMANN, Helmut RUMPLER u.a. (Hgg.), Katholische Reform und Gegenreformation in Innerösterreich 1564-1628, Graz, Wien, Köln 1994, S. 21-40.
- Gregor HORSTKEMPER, Die protestantische Union und der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges, in: Winfried SCHULZE (Hg.), Friedliche Intentionen - Kriegerische Effekte. War der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges unvermeidlich? (Studien zur Neueren Geschichte Bd. 1), St. Katharinen 2002, S. 21-51.
- Alfred KOHLER, Vom Habsburgischen Gesamtsystem Karls V. zu den Teilsystemen Phillips II. und Maximilian II., in: Friedrich EDELMAYER, Alfred KOHLER (Hgg.), Kaiser Maximilian II.. Kultur und Politik im 16. Jahrhundert (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit Bd. 19), Wien 1992, S. 13-37.
- Alfred KOHLER, Das Reich im Kampf um die Hegemonie in Europa 1521-1648 (EDG 6), München 1990.
- Maximilian LANZINNER, Friedenssicherung und politische Einheit des Reiches unter Kaiser Maximilian II. (1564 - 1576) (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Bd. 45), Göttingen 1993.
- Rudolf LEEB, Widerstand und leidender Gehorsam gegen die katholische Konfessionalisierung in den österreichischen Ländern, in: Rudolf LEEB, Susanne

Claudine PILS, Thomas WINKELBAUER (Hgg.), Staatsmacht und Seelenheil. Gegenreformation und Geheimprotestantismus in der Habsburgermonarchie (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung Bd. 47), München 2007, S. 183-201.

- Johann LOSERTH, Reformation und Gegenreformation in den innerösterreichischen Ländern im XVI. Jahrhundert, Stuttgart 1898.
- Johann LOSERTH, Akten und Korrespondenzen zur Geschichte der Gegenreformation in Innerösterreich unter Erzherzog Karl II. (1578-90) (Fontes Rerum Austriacarum Bd. 58), Wien 1898.
- Johann LOSERTH, Akten und Korrespondenzen zur Geschichte der Gegenreformation in Innerösterreich unter Ferdinand II. (1590-1600) (Fontes Rerum Austriacarum Bd. 58), Bd. 1, Wien 1906.
- Johann LOSERTH, Akten und Korrespondenzen zur Geschichte der Gegenreformation in Innerösterreich unter Ferdinand II. (1600-1637) (Fontes Rerum Austriacarum Bd. 60), Bd. 2, Wien 1907.
- Albrecht P. LUTTENBERGER, Innerösterreich und das Reich im Zeitalter der Gegenreformation, in: France M. DOLINAR, Maximilian LIEBMANN, Helmut RUMPLER u.a. (Hgg.), Katholische Reform und Gegenreformation in Innerösterreich 1564-1628, Graz, Wien, Köln 1994, S. 357-371.
- Heinrich LUTZ, Reformation und Gegenreformation (OGG 10), München, Wien, Oldenbourg <sup>2</sup>1982.
- Ilja MIECK, Europäische Geschichte der Frühen Neuzeit. Eine Einführung, Stuttgart, Berlin, Köln <sup>6</sup>1998.
- Regina PÖRTNER, Die Gegenreformation in der Steiermark (Innerösterreich), in: Rudolf LEEB, Susanne-Claudine PILS, Thomas WINKELBAUER (Hgg.), Staatsmacht und Seelenheil. Gegenreformation und Geheimprotestantismus in der Habsburgermonarchie (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsschreibung Bd. 47), München 2007, S. 376-385.
- Regina PÖRTNER, Gegenreformation und ständischer Legalismus in Innerösterreich. 1564-1628, in: Zeitschrift für historische Forschung 27 (2000), S. 499-542.
- Regina PÖRTNER, The Counter-Reformation in Central Europe. Styria 1580-1630, Oxford 2003.
- Martin SCHEUTZ, Kammergut und/oder eigener Stand? Landesfürstliche Städte und Märkte und der „Zugriff“ der Gegenreformation, in: Rudolf LEEB, Susanne Claudine PILS, Thomas WINKELBAUER (Hgg.), Staatsmacht und Seelenheil. Gegenreformation und Geheimprotestantismus in der Habsburgermonarchie (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung Bd. 47), München 2007, S. 311-339.
- Heinz SCHILLING, Die konfessionelle Entwicklung im Reich zwischen 1555 und 1600, in: Rolf-Dieter KLUGE (Hg.), Ein Leben zwischen Laibach und Tübingen. Primus

Truber und seine Zeit. Intentionen, Verlauf und Folgen der Reformation in Württemberg und Innerösterreich (Sagners slavistische Sammlung Bd. 24), München 1995, S. 37-45.

- Heinrich Richard SCHMIDT, Konfessionalisierung im 16. Jahrhundert (EDG 12), München 1992.
- Winfried SCHULZE, Reich und Türkengefahr im späten 16. Jahrhundert. Studien zu den politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen einer äußeren Bedrohung, München 1978.
- Georg WIELAND, Reformation und Gegenreformation in Innerösterreich, in: Rolf-Dieter KLUGE (Hg.), Ein Leben zwischen Laibach und Tübingen. Primus Truber und seine Zeit. Intentionen, Verlauf und Folgen der Reformation in Württemberg und Innerösterreich (Sagners slavistische Sammlung Bd. 24), München 1995, S. 70-88.